



Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Nürnberg-Nord

6. November 2020



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Die Sitzungswoche im Deutschen Bundestag stand unter dem Schock des jüngsten Terroranschlags in Wien und in Frankreich. Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble fand am Mittwoch zu Sitzungsbeginn die passenden Worte.

„Erneut wurde die offene und freie Gesellschaft von fanatischem Hass heimgesucht – und das in einer Zeit, die bei der Bewältigung der Pandemie eigentlich ganz besonders den Zusammenhalt aller in der Gesellschaft und die Solidarität der Menschen weltweit braucht“, sagte der Präsident. Namens des Bundestages sprach Schäuble den Angehörigen der Ermordeten und Verletzten sein Mitgefühl aus – noch immer würden viele Menschen um ihr Leben ringen. Zugleich sicherte er den beiden Nachbarstaaten Deutschlands Unterstützung zu. „Die Hintergründe dieser Wahnsinnstaten müssen schnell und umfassend aufgearbeitet werden, auch da, wo terroristische Netzwerke nach Deutschland reichen“, mahnte er.

Darüber hinaus ging für mich diese Woche die Arbeit in dem Untersuchungsausschuss zur Wirecard AG weiter. Die Wirecard AG sorgte nicht nur in Deutschland, sondern auch international durch seinen umfassenden Bilanzbetrug und andere zwielichtige Aktivitäten für Aufsehen. Es gilt nun den Sachverhalt nicht nur für uns aufzuklären, um möglicherweise fehlende Kompetenzen im Frühwarnsystem der staatlichen Institutionen aufzudecken und gesetzgeberisch zu verbessern, sondern auch ein Signal an alle geschädigten Anleger zu senden. Der Finanzplatz Deutschland hat einen Ruf zu verlieren. Wir sollten alles daran setzen, weiter Vertrauen für Anleger zu schaffen. Daher arbeiten wir nun konkret an der Aufklärung und haben erstmalig begonnen Sachverständige und Zeugen zu laden, die uns nicht nur das Geschäftsmodell der Wirecard AG erklären, sondern auch inwieweit das Unternehmen in andere kriminelle Aktivitäten verstrickt war. Es ist jetzt schon klar, dass der Wirkungsradius dieses Unternehmens einen langen kriminellen Schatten wirft. Die Schilderungen der Sachverständigen und Zeugen gleichen dem Drehbuch eines hollywoodreifen Krimi-Thrillers.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen. Bitte bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Brehm, MdB



ENTFRISTUNGSGESETZ ZUR TERRORABWEHR

Nachrichtendienste erhalten dauerhaft Befugnisse zur Terrorismusbekämpfung

Unsere Sicherheit wird von mehreren Seiten bedroht. Der gewalttätige Rechtsextremismus, der terroristische Islamismus und der militante Linksextremismus nehmen die freiheitlich demokratische Grundordnung in die Zange und bedrohen den demokratischen Rechtsstaat.



© picture alliance / dpa

Die Nachrichtendienste haben viel zu tun damit, Informationen über die verschiedenen terroristischen und extremistischen Gefahren zu sammeln und auszuwerten. Seit vielen Jahren dürfen die Nachrichtendienste von Luftverkehrsunternehmen, Finanzdienstleistern, Telekommunikations- und Telemedienunternehmen bestimmte Daten einholen. Dass dieses Instrument von den Nachrichtendiensten wirklich gebraucht und angemessen eingesetzt wird, ist in den vergangenen Jahren mehrfach ausführlich überprüft worden. Dreimal schon sind die Befugnisse der Dienste deshalb auch verlängert worden.

Bundestag entfristet Befugnisse der Nachrichtendienste

Jetzt wird im der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Entfristung von Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung“ beraten. Damit erhalten die Nachrichtendienste die Erlaubnis, die Daten weiterhin einzuholen. Die bisherige Befristung der Befugnisse fällt weg.

Praktischer Bedarf für die Regelungen ist weiterhin vorhanden

Diese Entfristung ist notwendig, denn die Bedrohungslage für Deutschlands Sicherheit ist weiterhin hoch. Der praktische Bedarf für die Regelungen ist vorhanden. Derzeit verzeichnet Deutschland rund 630 islamistische Gefährder und eine hohe zweistellige und deutlich ansteigende Zahl von rechtsextremistischen Gefährdern. Linksextremistisch motivierte Straftaten haben im vergangenen Jahr um fast 40 Prozent zugenommen. Nur mit wirkungsvollen Instrumenten zur Aufklärung dieser Gefahren können die Nachrichtendienste unsere offene Gesellschaft wirksam vor ihren Feinden schützen.



BUNDESTAG BESCHLIESST TURBO FÜR GROSSPROJEKTE

Effizienter planen, schneller bauen

Riesige Infrastrukturprojekte werden bald viel schneller umgesetzt: Mit dem „Investitionsbeschleunigungsgesetz“ können Schienenstrecken einfacher und schneller elektrifiziert und digitalisiert werden.



© Mike Kotsch / unsplash

Auch der barrierefreie Umbau und die Erhöhung und Verlängerung von Bahnsteigen sollen erleichtert werden. All dies wird möglich, indem man diese Maßnahmen durch das neue Gesetz grundsätzlich von der Genehmigung durch ein Planfeststellungsverfahren befreit.

Zeit-Ersparnis

Auch an anderer Stelle zündet das Gesetz, das in dieser Woche beschlossen wird, den Turbo: Wichtige Infrastrukturprojekte können bisher durch Gerichtsverfahren unnötig in die Länge gezogen werden, manchmal über Jahre hinweg. Damit ist jetzt Schluss: In erster Instanz sollen künftig die Oberverwaltungsgerichte oder Verwaltungsgerichtshöfe zuständig sein, zum Beispiel auch für Land- und Umgehungsstraßen.

Dadurch spart man sich eine Instanz und vor allem auch Zeit.

All diese Maßnahmen sorgen im Ergebnis für schnellere Investitionen. Das stärkt die Konjunktur, sichert Arbeitsplätze und nützt langfristig dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

Klimafreundliche Schiene

Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist es wichtig, Investitionen schneller und effektiver einsetzen zu können. Das ist unerlässlich für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland. Ein weiterer wichtiger Effekt: Durch das Investitionsbeschleunigungsgesetz und den damit einhergehenden Maßnahmen wird die klimafreundliche Schiene gestärkt.



PLENARREDEN ZUR SITUATION IN BELARUS UND ZUR LAGE DER RELIGIONSFREIHEIT

Sebastian Brehm spricht zu Menschenrechtsthemen zweimal

Wahlbetrug, Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, massenhafte Verhaftungen und Folter ohne Rechtsgrundlage, Gewalt gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten... Seit der Präsidentschaftswahl im August 2020 werden in Belarus massive Menschenrechtsverletzungen vorgenommen. Wenn ein Regime, um an der Macht zu bleiben, Gewalt auf offener Straße zulässt, seine Bürgerinnen und Bürger verhaftet und diese in den Gefängnissen foltern lässt, dann hat dieses Regime längst verloren. In der Debatte am Mittwoch wurde klargestellt: Wahlfälscher dürfen niemals Wahlsieger sein! Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl erkennen wir nicht an. In einem gemeinsamen Antrag haben CDU/CSU, SPD und Grüne klare Worte gefunden! Wir fordern die Freilassung politischer Gefangener, freie und faire Neuwahlen, die Stärkung der Zivilgesellschaft und eine Verfassungsreform.



Am Freitag stand der zweite Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit zur Debatte. Die Feststellungen in diesem Bericht sollten uns ein Alarmsignal sein, denn sie zeigen eine zunehmende Gefährdung der Religionsfreiheit weltweit auf. Über 70 Staaten haben heute noch sogenannte Blasphemiegesetze, die mit den internationalen Menschenrechtsstandards

unvereinbar sind. Christen - als weltweit größte Glaubensgemeinschaft - werden diskriminiert, verfolgt, gefoltert und getötet. Aber auch Angehörige anderer Religionen leiden darunter: die Unterdrückung der islamischen uigurischen Minderheit in der chinesischen autonomen Region Xinjiang, die Vertreibung der Rohingya durch Buddhisten und das Militär in Myanmar, der Terror an Christen und Muslimen in Nigeria durch Boko Haram und nicht zuletzt die Gefährdung der Juden weltweit, leider auch in Deutschland. Religionsfreiheit ist das Kernelement und das zentrale Menschenrecht. Ist die Religionsfreiheit in Gefahr, sind die Menschenrechte in Gefahr. Das dürfen wir nicht zulassen!

Beide Reden können Sie sich auch auf meiner [Webseite](#) noch einmal ansehen!





TERRORANSCHLAG IN WIEN

Wir stehen an der Seite Österreichs



„Wir sind nach dieser furchtbaren Nacht in Gedanken bei unseren Freunden in Wien und wir stehen an der Seite Österreichs. Unser Mitgefühl gehört den Verletzten und den Angehörigen der Opfer dieses feigen terroristischen Anschlags. Den Rettungs- und Sicherheitskräften wünschen wir viel Kraft. Der islamistische Terror fordert uns alle gemeinsam in Europa heraus und ist eine gewaltige Gefahr für unsere Art des Lebens. Vereint werden wir uns dieser mörderischen Ideologie entgegenstellen. Wir werden unsere Freiheit und unsere Werte mit aller Konsequenz und Härte gegen die Feinde Europas verteidigen.“

**Thorsten Frei,
stellv. Fraktionsvorsitzender**

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.

